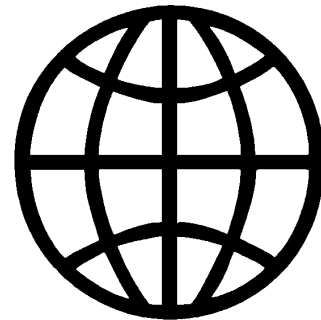

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung



Afrika in der Weltgemeinschaft

**Stellungnahme zum
Weltwirtschaftsgipfel 2002 in Kananaskis/Kanada**

Schriftenreihe der

Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Heft 31

In der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) arbeiten der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) und die Deutsche Kommission Justitia et Pax (katholisch) zusammen. Zu ihren Aufgaben gehören die Erarbeitung gemeinsamer Stellungnahmen und der Dialog mit Politik und gesellschaftlichen Organisationen zu den Fragen der Nord-Süd-Politik.

Afrika in der Weltgemeinschaft

Stellungnahme der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) zum Weltwirtschaftsgipfel 2002 in Kananaskis/Kanada vom 17. Juni 2002

Die Stellungnahme „Afrika in der Weltgemeinschaft“ wurde von einer Arbeitsgruppe der GKKE erarbeitet. Der Arbeitsgruppe gehörten an:

*Gabriele Fischer-Wilms, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
Dr. Hans Gsänger, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
Dr. Jürgen Hambrink, Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung
Dr. Hildegard Hagemann, Deutsche Kommission Justitia et Pax
Oberkirchenrat Eberhard Hitzler, Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)
Dr. Volker Kasch, Misereor
Professor Dr. Peter Waller, Freie Universität Berlin*

Redaktion: Gertrud Casel / Dr. Jürgen Hambrink

Schriftenreihe der GKKE - 31

ISBN 3-932535-63-4 (Deutsche Kommission Justitia et Pax)

Oktober 2002 (2. Auflage)

Bezug:

GKKE, Evangelische Geschäftsstelle
Charlottenstraße 53/54, 10177 Berlin

Tel. : 030 - 20355-307 / FAX: -250
E-mail: J.Hambrink@GKKE.org
Internet: GKKE.org

GKKE, Katholische Geschäftsstelle
Kaiser-Friedrich-Str. 9, 53113 Bonn

Tel. : 0228 - 103-217 / FAX: -318
E-Mail: Justitita_et_Pax_Deutschland@t-online.de
Internet: Justitia-et-Pax.de

Inhalt

Inhaltsverzeichnis	3
Vorwort	5
Zusammenfassung	7
Afrika in der Weltgemeinschaft	9
Vorbemerkung	9
Die Programmatik von NePAD	10
Eckpunkt 1: Entwicklungsverständnis	12
<i>Weltmarktintegration</i>	12
<i>Agrarbasierte Entwicklung</i>	14
Eckpunkt 2: Rolle der Zivilgesellschaft/Partizipation	16
<i>Institutionelle Umsetzung</i>	17
Eckpunkt 3: Krisen- und Konfliktprävention	19
Eckpunkt 4: Eigenverantwortung / responsible government	21
Nachbemerkung	23
Literatur	24

Vorwort

In den Diskussionen über die künftige Entwicklung Afrikas hat die afrikanische Initiative „New Partnership for Africa’s Development“ (NePAD) einen zentralen Platz gefunden.

Von afrikanischen Staats- und Regierungschefs 2001 angestoßen, ist sie Gegenstand eingehender Beratungen auf dem G8-Gipfel im kanadischen Kananaskis im Juni 2002 gewesen. Als Ergebnis haben die G8-Staaten einen eigenen Afrika-Aktionsplan verabschiedet, der die Bereitschaft zur Unterstützung bei der Umsetzung der Initiative bekundet.

Die Beschlüsse von Kananaskis waren umfänglich vorbereitet worden. So hatten die Gipfelteilnehmer persönliche G8-Afrika-Beauftragte ernannt, die im Kontakt mit einer Vorbereitungsgruppe auf afrikanischer Seite Vorschläge entwickeln sollte. In Deutschland war die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Frau Dr. Uschi Eid, von Bundeskanzler Gerhard Schröder als seine Beauftragte berufen worden. Es war der GKKE möglich, ihre Überlegungen zu den Inhalten eines G8-Afrika-Aktionsplans während der Vorbereitungsphase zum G8-Gipfel mit der Staatssekretärin zu erörtern. Die GKKE dankt Frau Eid für die Offenheit, mit der sie sich auf die Gespräche eingelassen hat.

Die GKKE hat ihre Eckpunkte für einen Afrika-Aktionsplan der G8 in einer Stellungnahme zusammengefasst, die am 17. Juni 2002 dem Bundeskanzler übergeben wurde und hier erneut der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Nach dem Gipfel kann die GKKE feststellen, dass verschiedene ihrer Überlegungen in dem Afrika-Aktionsplan einen Niederschlag gefunden haben. Dies gilt etwa für die Verbreiterung des Prozesses politischer Partizipation, die zentrale Rolle des sog. Peer-Review oder die Stärkung der Rechte afrikanischer Landwirte. Allerdings verbleibt der Aktionsplan vielfach auf einem recht abstrakten Niveau, so dass weitere Konkretisierungen erforderlich sind. So fehlt es an überzeugenden Zusagen für die Rückführung des Waffenhandels als wesentlichem Element der Gewaltprävention oder auch an Zusagen für die Rücknahme handelsverzerrender Agrarsubventionen – Zusagen, die konsequentes Handeln in den G8-Ländern zur Folge haben müssten.

In diesem Zusammenhang begrüßt es die GKKE, dass die G8-Beauftragten weiterhin in ihrem Amt verbleiben und den Auftrag erhalten haben, die weitere Umsetzung der Initiative und des Aktionsplans zu begleiten und darüber beim

nächsten G8-Gipfel 2003 zu berichten. Diese Maßnahme kommt der Vorstellung der GKKE entgegen, dass der Prozess der Unterstützung Afrikas eines wechselseitigen Mechanismus bedarf, der nicht nur die Einhaltung der Selbstverpflichtungen in Afrika überprüft, sondern auch das Agieren der G8-Länder einer kritischen Bewertung unterwirft.

Berlin/Bonn, im Juli 2002

Zusammenfassung

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) begrüßt die NePAD-Initiative als eine wichtige Weichenstellung für mehr Demokratie und Gerechtigkeit in Afrika. Gleichzeitig verweist sie auf die dringende Notwendigkeit eines offenen politischen Prozesses in den afrikanischen Ländern, in dem Ziele und Inhalt der Initiative konkretisiert werden. Sie unterstützt die Forderung afrikanischer Kirchen nach mehr Partizipation.

Die GKKE appelliert an die Teilnehmer des G8-Gipfels in Kanada, in ihrem Aktionsplan zur Unterstützung von NePAD diesen Aspekt breiter gesellschaftlicher Teilhabe besonders zu berücksichtigen. Als weitere Eckpunkte der G8-Beschlüsse sieht die GKKE:

- Afrika benötigt eine Doppelstrategie aus Weltmarktintegration und agrarbasierter Wachstumsstrategie. Die angestrebte Weltmarktintegration Afrikas sollte durch einen Abbau des Protektionismus in den Industrieländern, aber auch durch gezielte Hilfen zur Stärkung der afrikanischen Export- und Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden.
- Bei der Förderung agrarbasierter Wachstums müssen Initiativen Vorrang haben, die an der Effektivitätssteigerung lokaler Kapazitäten ansetzen. Der Schutz lokaler kleinbäuerlicher Existenzen ist zu sichern.
- Zur Verbreiterung zivilgesellschaftlicher Partizipation sind Reformen innerhalb der politischen Systeme unabweisbar. Die Geber sollten sich zur verstärkten Unterstützung von Maßnahmen im Bereich good governance bereit finden.
- Zur Eindämmung von Krisen und Konflikten bedarf es einer effektiven Unterbindung des Handels mit Gütern aus Kriegsgebieten. Zudem sollten sich die Industriestaaten zu einer restriktiven Politik der Waffenexporte verpflichten, insbesondere des Handels mit Kleinwaffen.
- Die Eigenverantwortung afrikanischer Staaten für ihre Entwicklung kann durch die Einrichtung eines "Peer Review" wirksam unterstützt werden. Es sollte jedoch auch ein komplementärer Prozess zur Überprüfung des Verhaltens der Geberländer installiert werden.

Afrika in der Weltgemeinschaft

Vorbemerkung

Wenn der diesjährige G 8-Wirtschaftsgipfel vom 26. bis 28. Juni im kanadischen Kananaskis stattfindet, werden sich die Staats- und Regierungschefs der teilnehmenden Staaten erstmals in der 27jährigen Geschichte ausführlich über einen Tag hinweg mit der Situation Afrikas befassen. Ziel der Beratung, an der auch Vertreter afrikanischer Staaten und der Vereinten Nationen sowie anderer wichtiger Geberländer aus dem Kreis der OECD-Länder beteiligt sein werden, ist die qualifizierte Unterstützung der afrikanischen Initiative „New Partnership for Africa’s Development“ (NePAD).

Die Initiative, im Jahr 2001 von afrikanischen Regierungschefs und Staatsoberhäuptern angestoßen, hat in kurzer Zeit große Aufmerksamkeit gefunden. Sie wird als entschiedener Versuch afrikanischer Politiker verstanden, dem Kontinent eine neue Zukunftsperspektive zu eröffnen. In der Tat sind auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts alle ökonomischen und sozialen Kennziffern zur Lage Afrikas eher entmutigend. Wenn die Millenniumsziele der Halbierung der extremen Armut, der Sicherung von Grundbildung und Basisgesundheits, der Überwindung der HIV/AIDS-Pandemie und der Verringerung von Mütter- und Kindersterblichkeit in Afrika erreicht werden sollen, bedarf es substantieller neuer Anstrengungen innerhalb der Länder und in der internationalen Zusammenarbeit. Die GKKE sieht die NePAD-Initiative als ein vielversprechendes Signal zu einem solchen Aufbruch.

Die Programmatik von NePAD

"NePAD ist die sich auf eine gemeinsame Vision, Entschlossenheit und Überzeugung gründende Selbstverpflichtung afrikanischer Führer, die Armut in ihren Ländern auszulöschen und sie auf einen Weg nachhaltigen Wachstums, der Entwicklung, der aktiven Integration in die Weltwirtschaft und in die internationale Politik zu bringen. Das Programm gründet sich auf die Entschlossenheit der Afrikaner, sich selbst und den gesamten Kontinent aus dem Elend der Unterentwicklung und aus dem Ausschluss aus einer sich globalisierenden Welt zu befreien."

Mit dieser programmatischen Setzung beginnt das im Oktober 2001 verabschiedete Dokument "New Partnership for Africa's Development". Das Element des Neuen, das im Titel behauptet wird, zeigt sich in einer Reihe bemerkenswerter Aussagen und Zuordnungen. So ist das Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten als grundlegende Voraussetzung von Entwicklung ebenso eindeutig wie das zur politischen Verantwortung für die derzeitige Situation und die künftigen Geschehnisse des Kontinents. Auch mit der Befürwortung marktwirtschaftlicher Ordnungen als Vehikel für die weitere Entwicklung Afrikas wird ein neuer Akzent gesetzt.

So ermutigend und vielversprechend die Heranführung der afrikanischen Entwicklungsdiskussion an generelle politische und ökonomische Konzepte auch ist, so wenig neu ist das Dokument jedoch bei der Benennung von konkreten Maßnahmen und der Identifizierung damit verbundener Entwicklungsstrategien. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Marktwirtschaft sind zwar universal verstandene Werte und Handlungsprinzipien, sie sind jedoch keine Blaupause für konkrete Entscheidungssituationen.

Mit dem Verharren im Prinzipiellen erweckt das Papier den Eindruck eines gewissen Dogmatismus. Afrikanische Kirchen machen in ihren Stellungnahmen zu NePAD auf diesen Mangel deutlich aufmerksam. So reibt sich die Südafrikanische Bischofskonferenz gemeinsam mit dem Südafrikanischen Kirchenrat am Insistieren auf einer Wirtschaftspolitik, die dem Grundmuster der Globalisierung folge. Ohne Konsequenz bleibe die richtige Einschätzung im NePAD-Dokument zum Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Armutsreduzierung: "Wirtschaftliches Wachstum ist wichtig. Aber Wachstum allein reicht nicht aus, die afrikanischen Länder in die Lage zu versetzen, das Ziel der Armutsreduzierung zu erreichen. Die Herausforderung für Afrika ist es deshalb, die Fähigkeit zu entwickeln, ein

Wachstum zu erlangen, das Armut reduziert und nachhaltige Entwicklung fördert." (NePAD Para 64)

Es geht kritischen Stimmen in Afrika also um die Ausformulierung einer Politik, für die NePAD die Grundelemente skizziert hat. Die Skepsis, im weiteren Prozess Einfluss nehmen zu können, ist beträchtlich, wird sie doch durch die Entstehungsgeschichte von NePAD genährt. "Mitglieder der Zivilgesellschaft fühlen sich ausgeschlossen von der Konzipierung und Formulierung dieses bedeutenden Programms ökonomischer Besserung, das das Leben aller Afrikaner beeinflussen wird. Das Schicksal Afrikas kann nicht länger allein den politischen Führern und ihren Verbündeten in den internationalen Finanzinstitutionen überlassen werden", formuliert die Nigerianische Kommission *Justitia et Pax*.

Ins Blickfeld rückt damit der Anspruch des Programms, mit seiner Neuorientierung innerafrikanischer Politik zugleich als neue Grundlegung für die internationale Zusammenarbeit zu dienen. Den Gebern öffentlicher Entwicklungshilfe wird mit NePAD ein politisches Rahmenkonzept für die Vergabe ihrer Leistungen angedient. Insofern finden sich im Dokument enge Verzahnungen zwischen dem intendierten Handeln nationaler Regierungen und der Nachfrage nach internationalen Leistungen. Angesichts der Vagheit entwicklungspolitischer Aussagen des Papiers hegen afrikanische Partner der deutschen Kirchen und ihrer Hilfswerke die Sorge, dass NePAD alten Rezepten einer undifferenzierten Strukturanpassungspolitik einen neuen Grund bereiten könnte.

Das vorrangige Interesse afrikanischer Kirchen richtet sich darauf, solche Fehlentwicklungen nicht zuzulassen und das Programm in einer Weise wirksam werden zu lassen, die den Intentionen gerecht wird. Eine der essentiellen Voraussetzungen dafür wird in einer breiten Partizipation gesehen. Bischofskonferenz und Kirchenrat von Südafrika fassen ihre Hoffnungen und Forderungen wie folgt zusammen: "Während wir einerseits die Notwendigkeit des Konsensus zwischen afrikanischen Führern und der Bevölkerung für Afrikas Wiederaufbau und Entwicklung durch wegweisende neue Initiativen wie NePAD unterstützen, glauben wir doch andererseits, dass der Verlauf und Inhalt einer solchen Initiative notwendigerweise eine breite Partizipation in allen Phasen erfordert, wenn Erfolge erzielt werden sollen."

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung teilt diese Einschätzung ihrer afrikanischen Partner. Sie begrüßt die Initiative als eine wichtige Weichenstellung für mehr Demokratie und Gerechtigkeit in Afrika, verweist aber zugleich auf die

dringende Notwendigkeit eines offenen politischen Prozesses in den afrikanischen Ländern, in dem Ziele und Inhalte der Initiative konkretisiert werden. Der G8-Gipfel in Kanada, der einen Aktionsplan zur Unterstützung von NePAD auf den Weg bringen will, sollte sich nach Ansicht der GKKE vorrangig auf die Unterstützung dieses innerafrikanischen Umsetzungsprozesse erstrecken. Einige inhaltliche und prozessuale Eckpunkte dieses Prozesses werden aus der Sicht der GKKE im folgenden skizziert.

Eckpunkt 1: Entwicklungsverständnis

Weltmarktintegration

Die dem NePAD zu Grunde liegende Entwicklungsstrategie unterscheidet sich grundsätzlich von der Strategie früherer afrikanischer Pläne wie dem "Lagos Plan of Action". Während frühere Pläne Wirtschaftsentwicklung im wesentlichen durch staatlich gesteuerte Industrialisierung und mehr Entwicklungshilfe der internationalen Geber erreichen wollten, ist die NePAD-Initiative vom Geist einer liberalen Wirtschaftsperspektive geprägt, die auf dem ordnungspolitischen Prinzip der Marktwirtschaft ausdrücklich auf eine Integration Afrikas in den Weltmarkt und auf ausländische Privatinvestitionen abzielt und dabei stark auf technologischen Fortschritt und verstärkte IT-Entwicklung baut.

Kritisch ist anzumerken, dass die Integration in den Weltmarkt, die technologische und IT-Entwicklung als Heilmittel für alle Probleme gesehen wird und das vorgegebene Wachstumsziel von sieben Prozent für ganz Afrika kurzfristig unrealistisch ist. Substantielles Wirtschaftswachstum durch verbesserte Rahmenbedingungen und Auslandsinvestitionen wird auf absehbare Zeit nur in wenigen Ländern mit erheblichem Entwicklungspotential wie Südafrika oder Nigeria möglich sein und auch dann nicht zu größerer Verteilungsgerechtigkeit und Reduzierung der Armut führen, wenn nicht grundlegende Strukturreformen stattfinden, die eine aktive Teilhabe der breiteren Bevölkerung, d. h. vor allem der Armen ermöglicht. Auch wird eine rein marktgesteuerte IT-Entwicklung eher den "Digital Divide" in den Ländern Afrikas vorantreiben und zu weiterer Zersplitterung sowohl zwischen den afrikanischen Ländern als auch innerhalb der Bevölkerungen der einzelnen Länder führen.

Obwohl einzelne Partnerorganisationen in Afrika generell Weltmarktintegrations- und Strukturanpassungsstrategien strikt ablehnen, sieht die GKKE keine realistische Alternative zu einer Doppelstrategie aus Weltmarktintegration für Potential-

länder und agrarbasierter Wachstumsstrategie für die Mehrzahl der armen Länder Afrikas.

Da alternative, basisgetragene Entwicklungsperspektiven und Wirtschaftskonzepte in dem Dokument nicht angedacht werden, muss zumindest auf Wachstum mit Verteilungsgerechtigkeit und Teilhabe breiter Bevölkerungsgruppen gedrängt werden. Dazu muss eine Strategie gefordert werden, die das Oberziel der Armutsbekämpfung differenziert nach den jeweiligen Bedingungen in den Ländern konkret angeht. In der NePAD-Initiative werden die internationalen Entwicklungsziele (IDG) wie "Reduzierung des Anteils der Menschen, die in extremer Armut leben, bis zum Jahr 2015 auf die Hälfte" oder "Einschulung aller Kinder bis 2015" übernommen, auch wird die besondere Bedeutung der Landwirtschaft für die wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung festgehalten. Doch wird bei den vorgeschlagenen Maßnahmen weitgehend Bekanntes gefordert und nicht analysiert, welche politischen und gesellschaftlichen Strukturen bisher die Umsetzung der als richtig erkannten Reformen verhindert haben und warum partizipatorische Ansätze bisher noch sehr unterentwickelt sind.

Eine wirksame und glaubwürdige Reaktion der G8-Staaten zur Unterstützung dieser Strategie muss bindende Zusagen in folgenden Punkten enthalten:

- Die NePAD-Forderung, das Generelle Präferenzsystem zu sichern und auszubauen, sollte ebenso unterstützt werden wie die Umsetzung der handelspolitischen Regelungen des Cotonou-Abkommens und des Africa Growth and Opportunity Acts (AGOA). Die Everything but Arms-Initiative (EBA) der Europäischen Union sollte von allen G 8-Ländern implementiert und eine Verkürzung der Schutzjahre für Reis, Bananen und Zucker vereinbart werden.
- Der Abbau der Agrarexportsubventionen, wie zuletzt im Doha-Dokument für die nächste Welthandelsrunde vorgegeben, sollte unverzüglich begonnen werden. Dies beinhaltet auch den Abbau der Agrarüberschüsse der Industrieländer.
- Die Export- und Wettbewerbsfähigkeit der afrikanischen Länder sollte durch gezielte Maßnahmen der Infrastrukturförderung unterstützt werden.
- Bei steigender Exportproduktion wird umso wichtiger werden, international vereinbarte Arbeitnehmerrechte einzuhalten. Eine Zusammenarbeit mit der ILO ist unverzichtbar, wobei die G8-Staaten gefordert sind, die Standardsetzung nicht dem Verdacht protektionistischer Züge für eigene Marktvorteile auszusetzen.

Agrarbasierte Entwicklung

Die NePAD-Initiative erkennt die herausragende Bedeutung der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung für eine beschleunigte volkswirtschaftliche Entwicklung sowie für die Armutsbekämpfung an. Als weitere Voraussetzung für verbesserte Produktivität wird die Erhaltung einer intakten Umwelt hervorgehoben. NePAD nennt als vorrangige Ziele die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität, bei besonderer Berücksichtigung von Kleinbauern sowie von Frauen geführten Betrieben, einen höheren Grad an Ernährungssicherheit und einen verbesserten Zugang armer Menschen zu Nahrungsmitteln.

Um die ungenügende Leistungsfähigkeit der afrikanischen Landwirtschaft zu erhöhen und um Ernährungssicherheit zu erreichen, wird vorgeschlagen, eine Reihe von strukturellen Hemmnissen abzubauen. Wegen der klimatischen Risiken wird insbesondere der Ausbau der Bewässerungslandwirtschaft – wenn privatwirtschaftlich nicht möglich, dann auch durch öffentliche Investitionen – gefordert, ebenso der Ausbau der ländlichen Infrastruktur (Straßen, ländliche Elektrifizierung) und die Verbesserung der landwirtschaftlichen Unterstützungssysteme (Agrarforschung, Agrarberatung).

Schwerpunkte der Umweltpolitik liegen auf der Bekämpfung der Wüstenausbreitung, des Feuchtgebiets- und Küstenmanagements, der Eindämmung der globalen Erwärmung und der Kontrolle der Verbreitung standortfremder Arten. Es wird erkannt, dass Umweltschutz eine eigene wirtschaftsfördernde Dynamik entwickeln kann, die zur Armutsbekämpfung beitragen kann.

Die agrarpolitische Wende in Afrika hofft NePAD durch ein Bündel von Maßnahmen zu erreichen, das wenig Spektakuläres enthält. Es fordert weitgehend Bekanntes und setzt vor allem auf nachhaltige technologische Fortschritte sowie die Eingliederung der Kleinbauern in die Binnen- wie Exportmärkte. Die Bedeutung leistungsfähiger agrarischer Unterstützungssysteme sowie eines gesicherten Zugangs zu Boden, Kredit, Know how und Wasser insbesondere für Kleinbauern (Männer und Frauen) wird ebenso herausgestellt wie die Rolle eines verbesserten regionalen und subregionalen Agrarhandels für die Ernährungssicherheit.

Die NePAD-Analyse der afrikanischen Landwirtschaft nimmt allerdings nur ungenügend zur Kenntnis, dass der überwiegende Teil der afrikanischen Kleinbauern unter Bedingungen lebt und arbeitet, bei denen die landwirtschaftliche Produktivität häufig auf sehr niedrigen Niveau verharrt. Die Produktionssysteme sind wegen der ökologischen Unsicherheiten risikominimierend und nicht gewinnmaxi-

mierend angelegt. Zudem ist die familiäre Arbeitswirtschaft durch saisonale Unter- und Überbeschäftigung gekennzeichnet und die durchschnittliche Arbeitsproduktivität bleibt so gering. Ferner ist die Erzielung außerlandwirtschaftlichen Einkommens von gleich großer Bedeutung für die familiäre Existenzsicherung wie das Betriebseinkommen, was tendenziell zur Vernachlässigung der Landwirtschaft beiträgt.

Diese auf niedrigem Produktivitätsniveau agierende Landwirtschaft zu dynamisieren, dürfte ohne einen Vorrang für die landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung, eine verstärkte rural-urbane Interaktion, Stärkung technologischer Kompetenz auch auf mittlerer und unterer Ebene sowie Dezentralisierung und breitenwirksame Kommunalentwicklung kaum möglich sein. Die gewünschte Weltmarktintegration lässt sich ohne funktionierende Binnenmärkte für Waren, Kredit, Beratung und Wissen nicht bewerkstelligen, sonst bleibt es bei dem bekannten Muster weltmarktorientierter Enklaven inmitten eines Meeres armer Bäuerinnen und Bauern.

Eine Reaktion der G8-Staaten in diesem Kontext muss folgende Punkte umfassen:

- Die G8-Staaten sollten sich auf die Förderung insbesondere solcher Initiativen konzentrieren, die bewusst an der Effektivitätssteigerung lokaler Kapazitäten ansetzen. Bereits seit Jahren arbeiten lokale und regionale Organisationen auf dem Gebiet der Beratung, Vermarktung und Forschung. Die Zusammenarbeit mit ihnen sollte intensiviert werden. Dies gilt besonders für die Förderung ihrer Anstrengungen, zu einem höheren Maß an Ernährungssicherung und zu einer besseren Marktversorgung beizutragen.
- Der Schutz lokaler, kleinbäuerlicher Existenzen im Sinne der "Farmers' rights" ist zu gewährleisten. Dazu gehört der Schutz intellektuellen Eigentums sowie indigener Gen-Ressourcen ebenso wie die Sicherstellung weitgehender Unabhängigkeit von industrieller Saatgut- und Betriebsmittelbereitstellung. Die G8-Staaten müssen dazu ihre Patentrechtsregelungen sowie die TRIPS-Bestimmungen überprüfen.
- Für Agrarprodukte stellen die Norm- und Standardsetzungen der Industrieländer, die im Zuge eines wachsenden Gesundheitsbewusstseins der Konsumenten in den Industrieländern stetig angewachsen sind, eine erhebliche Marktzugangbarriere dar. Hier besteht großer Handlungsbedarf an technischer Beratung, die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Priorität geleistet werden sollte.

- Nachhaltige Nutzung von Bodenschätzen und klimarelevanten Ressourcen bedarf einer effektiven Umweltgesetzgebung. Die grenzüberschreitende Betrachtung geographischer und klimatischer Gegebenheiten ist hier erforderlich. Die G8-Staaten sollten den NePAD-Ländern ihre Expertise auf diesem Gebiet anbieten.

Eckpunkt 2: Rolle der Zivilgesellschaft/Partizipation

Entwicklung wird in der NePAD-Initiative als ein "process of empowerment and self-reliance" bezeichnet und es wird kritisiert, dass die afrikanischen Regierungen bisher ihre Bevölkerungen nicht ermächtigt hätten, ihr kreatives Potential auszuschöpfen. Diese kritische Feststellung ist richtig, aber auch hier bedarf es einer Strategie zur Stärkung der Selbstbestimmung der Armen und zur Entfaltung ihrer eigenen Potentiale. Zwar wird gesagt, dass das Verständnis von Demokratie und die Legitimation des Staates neu definiert wurden, um Rechenschaftspflicht der Regierungen, eine Kultur der Menschenrechte und eine breiter angelegte Partizipation besser zu verankern. Es wird aber auch da keine Strategie aufgezeigt, wie die Umsetzung erfolgen soll. Überhaupt wird die Frage der Akteure eher auf der Ebene der staatlichen Institutionen behandelt. Der Begriff Zivilgesellschaft wird zwar erwähnt, aber nicht explizit definiert. Die Frage, welche Rolle wichtige gesellschaftliche Akteure wie z.B. soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen und die Armen selbst in einem umfassenden Entwicklungsprozess spielen müssen, wird nicht berührt. Der immer wiederkehrende Hinweis, dass Demokratie jetzt vorhanden und damit die Lösung der Probleme ein gutes Stück näher gerückt sei, reicht nicht.

Insgesamt ist NePAD im wesentlichen ein top-down Ansatz, es wird sehr viel auf die "new leadership" gesetzt, konkrete Ansätze, wie die neuen Führer durch ihre Bevölkerungen zu entwicklungsorientiertem Handeln gezwungen werden sollen, werden nicht genannt. Der flammende Aufruf, "Appeal to the Peoples of Africa", auf allen Ebenen Strukturen der Organisation und Mobilisierung zur Umsetzung von NePAD zu entwickeln, ist viel zu allgemein, konkrete Implementierungsstrukturen werden nur auf Regierungsebene genannt.

Die mangelnde Einbeziehung der Zivilgesellschaft sowohl bei der Erarbeitung der Initiative als auch bei ihrer Umsetzung ist die gravierendste Schwäche des NePAD-Ansatzes. Dies wird, wie schon gezeigt wurde, auch von den Partnerorganisationen in Afrika kritisiert.

Zu den Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung in Afrika gehört nicht nur, dass NePAD "african owned and african led" sein muss. Darüber hinaus muss deutlich werden, dass damit nicht nur afrikanische Regierungen und die wenigen starken wirtschaftlichen Akteure gemeint sind. NePAD muss von der afrikanischen Zivilgesellschaft getragen werden oder es bleibt eine zum Scheitern verurteilte Kopfgeburt weniger afrikanischer Führer.

NePAD reklamiert für sich, dass es den Willen der afrikanischen Völker erfülle, die schlechtes Wirtschaften und schlechte Regierungsführung satt haben. Doch zu einem umfassenden Neuanfang gehören nicht nur massive Investitionen und Finanzunterstützung der Geberländer, sondern eine dauerhafte Unterstützung und die Mitarbeit der Zivilgesellschaft. Diese wird NePAD nur dann unterstützen, wenn sie den Eindruck hat, dass nicht nur Regierungen und Reiche davon profitieren, sondern mit NePAD wirklich eine Entwicklung eingeleitet wird, bei der sie selbst die Richtung mitbestimmen kann und von der sie profitiert.

Institutionelle Umsetzung

Eine breite gesellschaftliche Partizipation am NePAD-Prozess könnte sich in einer Reihe von Ländern auf neu geschaffene Verfahren stützen. So sind im Rahmen der Entschuldung hoch verschuldeter armer Entwicklungsländer Konsultationsverfahren zwischen Regierung und Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung von Armutsbekämpfungsstrategie-Papieren (PRSP) verlangt worden. Diese sind in einigen Ländern ein Vehikel für eine Partizipation bislang ausgeschlossener zivilgesellschaftlicher Gruppierungen geworden. Das Instrument der PRSPs muss künftig auch in solchen Ländern angewandt werden, die nicht zur Gruppe der hochverschuldeten armen Länder gehören, gleichwohl konzessionäre Kredite nachfragen.

Es sollte nach Auffassung der GKKE darauf hingewirkt werden, dass für die zivilgesellschaftliche Beteiligung im Rahmen der PRSP-Prozesse Mindeststandards eingehalten werden. Diese Standards sind dynamisch zu definieren, d.h., dass bei einer erneuten Erarbeitung von PRSPs höhere Maßstäbe gelten als zuvor. Dies legt eine Institutionalisierung der Partizipationsprozesse nahe, womit sich zudem die Chance ergäbe, Beteiligungen an verschiedenen Entscheidungsverfahren miteinander zu verbinden.

Es dürfte klar sein, dass eine Verbreiterung und Institutionalisierung von Partizipation Auswirkungen auf das formale politische System hat und haben muss. Die oftmals unzulängliche Rolle der Parlamente kommt hier besonders ins Blickfeld. Zivilgesellschaftliche Beteiligung darf nicht dazu führen, dass der Einfluss der

Parlamente weiter geschwächt wird. Vielmehr wäre eine spezifische Beteiligungsform auch an das Parlament anzubinden, um dessen Status zu erhöhen und so der Herausbildung einer stabileren demokratischen Staatsform zugute zu kommen. Dass eine verbreiterte Partizipation zwingend eine Respektierung der Meinungs- und Organisationsfreiheit voraussetzt, ist ebenfalls unabweisbar.

Praktische Relevanz hat die Beteiligung vor allem in der Politik der Armutsbekämpfung. 80 bis 90% der afrikanischen Bevölkerung sind als arm einzustufen. NePAD hat zum Ziel, die Armut in Afrika zu überwinden oder zumindest erheblich zu reduzieren. Dabei muss sich NePAD nicht nur vorrangig für die Belange der Armen einsetzen, sowohl in der Regierungspolitik afrikanischer Staaten als auch im der partnerschaftlichen Unterstützung durch die Geberländer. Es muss auch darum gehen, die Möglichkeiten der Armen zu stärken, an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Die Förderung der Partizipationsmöglichkeiten der Armen und die Absicherung des Selbsthilfepotentials der Armen sind unerlässliche Prinzipien einer den Menschen verpflichteten Politik. Dass Partizipation ein Strukturelement jeglicher Politik ist, gehört zu den Grundelementen der christlichen Soziallehre.

Die Beschlüsse der G8-Staaten sollten dazu beitragen, dass das demokratische Potential der NePAD-Initiative entfaltet wird. Unverzichtbar erscheinen folgende Punkte:

- Die Geberländer sollten Maßnahmen im Rahmen der NePAD-Initiative nicht unterstützen, wenn nicht sichergestellt ist, dass die von NePAD favorisierte Politik breit in der Öffentlichkeit diskutiert wird und dabei für eine Änderung im Sinne der "Entwicklung von unten" offen ist. Meinungs- und Organisationsfreiheit muss in allen Ländern garantiert sein.
- Die G8-Länder sollten ihren klaren Willen bekunden und Maßnahmen anstreben, die eine Verbindung der verschiedenen Entwicklungsprozesse herbeiführen. Die Formulierung von Armutsbekämpfungsstrategien im Rahmen der Entschuldung und die Beteiligung an NePAD müssen zusammengeführt werden. Die Geber dürfen diesen Prozess keinesfalls durch weitere Auflagen erschweren.
- Eine breitere Partizipation der Zivilgesellschaft an politischen Entscheidungsprozessen setzt auch Reformen innerhalb des politischen Systems vieler Länder voraus. Die G8-Staaten sollten sich zur verstärkten Unterstützung von Maßnahmen im Bereich "good governance" verpflichten und dabei auch eine Verstärkung interparlamentarischen Austauschs anstreben.

Eckpunkt 3: Krisen- und Konfliktprävention

Im letzten Jahr wurden vierzehn gesellschaftliche Konflikte in Afrika gewaltsam ausgetragen mit erheblichen Auswirkungen auch auf Nachbarländer und auf die Entwicklungschancen Afrikas insgesamt. NePAD unterstreicht deshalb zu Recht die besondere Vorrangigkeit von Anstrengungen zur Beilegung der Kriege und gewaltsamen Konflikte in Afrika. Jedoch macht NePAD kaum Aussagen darüber, welche konkreten Maßnahmen damit verbunden sind und gibt auch keine Analyse der gewaltsamen Austragung der Konflikte.

Ein entscheidender Faktor für die gewaltsame Austragung von gesellschaftlichen Konflikten liegt in der Aushöhlung staatlicher Autorität. Staaten zerfallen nicht einfach, sie werden vielmehr zerstört. Die oft jahrzehntelangen negativen Erfahrungen der Bevölkerung mit dem Staat müssen überwunden werden. Der Wiederaufbau des Vertrauens in staatliche Strukturen und Funktionen kann nur dann tragfähig sein, wenn er auf der Grundlage allgemein anerkannter Werte und Normen erfolgt, die die Beziehungen der Bürgerinnen und Bürger untereinander und zwischen diesen und dem Staat regeln. Nationalstaaten und ihre Einrichtungen werden langfristig nur dann tragfähig sein, wenn sie auf dem Grundkonsens einer "politischen Gemeinschaft" basieren und Minderheiten schützen.

In vielen Fällen ist der Krieg selbst, nicht erst der erhoffte Sieg, mit erheblichen wirtschaftlichen Vorteilen für die Kriegsherren verbunden, die nur in einem rechtsfreien Raum zu realisieren sind. Mit Kriegs- und Gewaltökonomien, dem Handel von Menschen und Drogen, der Gewaltherrschaft über Naturschätze und Rohstoffe werden in Afrika von einigen wenigen Kriegsherren Milliarden verdient auf Kosten einer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Bevölkerung. Zur Reduzierung von Gewalt in gesellschaftlichen Konflikten ist deshalb eine wirksame Kontrolle des Handels mit Produkten nötig, die aus Kriegszonen stammen und zur Finanzierung von Kriegen genutzt werden.

Die Kriege in Afrika werden vor allem mit sogenannten Kleinwaffen ausgetragen, die zwischen den verschiedenen Krisengebieten oder Industrieländern und Kriegsgebieten gehandelt werden. Zur Eindämmung gewaltsamer Auseinandersetzungen wäre vor allem eine Unterbindung des illegalen Handels mit Kleinwaffen dringlich.

Auch Entwicklungs- und Katastrophenhilfe, von der oft das Überleben von Hunderttausenden oder gar Millionen von Menschen abhängt, kann von kriegsfüh-

renden Parteien in ihr militärisches Kalkül miteinbezogen werden und zumindest zur Verlängerung und Verstetigung von gewaltsamen Konflikten führen. Not- und Katastrophenhilfe in Ländern mit gewaltsamen Konflikten ist darauf hin zu überprüfen, inwieweit sie gewaltminimierend oder gewaltverschärfend wirkt.

Ein wichtiger Ansatz für externe Intervention in gewaltsamen Konflikten sind die Einrichtungen und Gruppen in der Bevölkerung, die nicht aktiv in das gewaltsame Konfliktgeschehen einbezogen sind. Die NePAD-Initiative hat bisher auch in diesem Bereich die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft nicht im Blick. Die Förderung der zivilgesellschaftlichen Kräfte ist essentieller Bestandteil einer verantwortlichen Friedenspolitik.

Mit Blick auf die Förderung von Friedensprozessen ist insbesondere die Rolle der afrikanischen Kirchen zu erwähnen, die in NePAD nicht genügend Berücksichtigung findet. Bei allen Einschränkungen, die zu machen sind, sind die Kirchen in vielen Ländern Afrikas nicht nur die noch am besten funktionierenden Einrichtungen für soziale Dienste, sondern auch treibende Kräfte für Demokratisierung und Friedens- und Versöhnungsprozesse. Beispiele aus dem Sudan, aus Uganda und aus dem Gebiet der Großen Seen und am Horn von Afrika deuten auf eine wachsende Bereitschaft der Kirchen in Afrika, ihre gesellschaftspolitische Verantwortung für Frieden und Versöhnung stärker wahrzunehmen. Die Förderung der zivilgesellschaftlichen Kräfte kann sich vor diesem Hintergrund als unabdingbarer und chancenträchtiger Bestandteil von NePAD erweisen.

Die G8-Staaten sollten ihren Beitrag zur Unterstützung der NePAD-Initiative im Hinblick auf die Krisen- und Konfliktprävention in folgendem Kontext definieren:

- Der Handel mit Gütern aus Kriegsgebieten muss effektiv kontrolliert und unterbunden werden. Öl, Diamanten oder Coltan sind Beispiele dafür, dass es erst der Zugang zum internationalen Markt ist, der die Verfügung über Produkte profitabel macht. Eine strenge Beachtung der im Global Compact niedergelegten Prinzipien durch die in den Industriestaaten ansässigen multinationalen Unternehmen ist dringlich.
- Die G8-Staaten sollten zu überzeugenden Maßnahmen zur Eindämmung des illegalen Kleinwaffenhandels bereit sein. Sie sollten sowohl ihre Exporte beschränken wie auch die afrikanischen Staaten dabei unterstützen, eine wirksame Kontrolle des Kleinwaffenhandels aufzubauen.
- Alle diplomatischen Möglichkeiten zur Beendigung der zahlreichen gewaltsamen Konflikte Afrikas müssen ausgeschöpft werden. Soweit die G8-Staaten an Friedensinitiativen beteiligt sind, sollten sie nicht nur die unmittelbaren Konfliktparteien, sondern auch die Zivilgesellschaft an den

mittelbaren Konfliktparteien, sondern auch die Zivilgesellschaft an den Verhandlungen beteiligen.

Eckpunkt 4: Eigenverantwortung/responsible government

Obwohl NePAD inzwischen auch von der Organisation für Afrikanische Einheit auf der Generalversammlung in Lusaka gebilligt wurde, unterscheidet es sich doch von anderen OAU-Plänen durch seine Selektivität. "Countries participating in the initiative" unterwerfen sich einem Monitoring- und Evaluierungsprozess durch das NePAD "Heads of State Forum" in Bezug auf ihre Erfolge bei der Realisierung von guter Regierungsführung und sozialen Reformen. Die ECA, als eine für die Umsetzung von NePAD vorgesehene Institution, wurde bereits beauftragt, Kriterien für die Beurteilung der Umsetzung der NePAD-Prinzipien zu erarbeiten. Es kann angenommen werden, dass dieser "Peer Review", also die Umsetzung der politischen Konditionalität in Bezug auf Demokratie und gute Regierungsführung durch die afrikanischen Führer selbst ein zentraler Punkt für das positive Engagement der Geber-Gemeinschaft sein wird.

Das Prinzip der Eigenverantwortung der afrikanischen Regierungen, für Demokratie und gute Regierungsführung zu sorgen, wird auch von der GKKE nachdrücklich unterstützt, wobei leider jüngste Entwicklungen wie die eklatante Missachtung demokratischer Prinzipien bei den Präsidentschaftswahlen in Simbabwe und deren Hinnahme durch die NePAD-Führungsländer Südafrika und Nigeria erhebliche Zweifel an der Umsetzung der NePAD-Prinzipien aufkommen lassen. Die Einhaltung und Umsetzung der "Peer Reviews" sollte einer der zentralen Punkte für die Beteiligung der Geberländer an der NEPAD-Initiative sein.

Die GKKE würde es besonders begrüßen, wenn der Mechanismus des "Peer Review" so gestaltet würde, dass das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, das auch in der Akte der neu gegründeten Afrikanischen Union festgeschrieben ist, relativiert würde. Er sollte dazu nicht nur als zwischenstaatlicher Prozess gestaltet werden, sondern auch gesellschaftlichen Gruppierungen die Möglichkeit zur Mitwirkung einräumen.

Ein Beschluss der G8-Staaten zum Peer Review sollte nicht nur die afrikanische Seite in Betracht ziehen, sondern sich auf die komplementäre Einrichtung eines Mechanismus zur Überprüfung des Verhaltens der Geber erstrecken.

Nachbemerkung

Ökumenische Partner der GKKE in Afrika zeigen sich besorgt, dass eine auf NePAD aufbauende Entwicklungszusammenarbeit zu einer Konzentration der Unterstützung auf wenige erfolgreiche Länder und zu einer Vernachlässigung der Hilfe in Notlagen führen könnte. Als Ergebnis einer solchen Praxis befürchten sie eine tiefgehende Spaltung des afrikanischen Kontinents. Demgegenüber unterstreichen sie die Notwendigkeit einer nach den Prinzipien der Partnerschaft gestalteten Zusammenarbeit, die den unterschiedlichen Situationen in einzelnen Ländern Rechnung trägt.

Die GKKE teilt diese Sichtweise. Sie geht davon aus, dass der G8-Gipfel die Dringlichkeit einer verstärkten Hilfe für Afrika anerkennt und sich auch den finanziellen Konsequenzen einer solchen Einschätzung stellt. Dabei sollte es vorrangig an eine Einlösung schon getroffener, bislang aber nicht eingelöster Zusagen gehen, wie etwa zum Globalen Gesundheitsfonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose. Die G8-Teilnehmer aus den Ländern der Europäischen Union sollten zudem ihre Aufmerksamkeit auf die schnellere Freigabe der im Rahmen des Cotonou-Abkommens bereit stehenden Mittel richten. Davon würde eine Vielzahl afrikanischer Länder profitieren.

Größere finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten können afrikanische Länder auch durch eine Fortschreibung der HIPC-Initiative erhalten. Nachdem die G8-Länder beim Kölner Gipfel 1999 die entscheidende Weichenstellung zur Entschuldung der hochverschuldeten armen Länder vorgenommen haben, wäre eine Übereinkunft zur Überprüfung und Absenkung der Rate für die Tragfähigkeit des Schuldendienstes dieser Länder ein konsequenter Schritt.

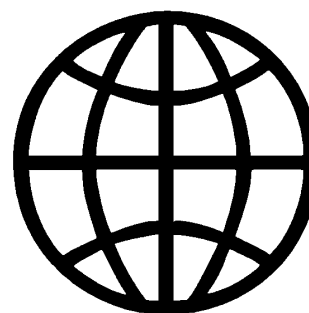
Literaturverzeichnis

Justice, Development and Peace Commission: Comments on the NePAD-Document, Ijebu Ode, Nigeria, unveröffentlicht März 2002

Southern African Catholic Bishops' Conferene (SACBC), Justice and Peace Department and South African Council of Churches (SACC): Un-blurring the Vision. An Assessment of the New Partnership for Africa's Development by South African Churches, RSA, Juni 2002

The New Partnership for Africa's Development (NePAD), interlink print, Oktober 2001

Joint Conference
Church and Development



Africa in the World Community

**Statement on the 2002 World Economic Summit
held in Kananaskis/Canada**

The Joint Conference Church and Development (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung – GKKE) in Germany is a common institution of the Church Development Service of the Protestant Churches in Germany (Evangelischer Entwicklungsdienst – EED) and the German Commission for Justice and Peace of the Catholic Church (Deutsche Kommission Justitia et Pax). GKKE is committed to draw up joint statements on the questions of North-South policies and to enter into dialogue with political and social institutions.

Africa in the World Community

Statement of The Joint Conference Church and Development (GKKE) on the 2002 World Economic Summit held in Kananaskis/Canada from June 17th, 2002

The statement on "Africa in the World Community" was drawn up by a working group of the GKKE. Members of the working group were:

Gabriele Fischer-Wilms, Evangelischer Entwicklungsdienst - EED (Church Development Service)

Dr. Hans Gsänger, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik - DIE (German Development Institute)

Dr. Jürgen Hambrink, Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung - GKKE (Joint Conference Church and Development)

Dr. Hildegard Hagemann, Deutsche Kommission Justitia et Pax (German Commission for Justice and Peace)

Oberkirchenrat Eberhard Hitzler, Evangelische Kirche in Deutschland - EKD (Protestant Church in Germany)

Dr. Volker Kasch, Misereor (Episcopal Relief Agency Misereor)

Professor Dr. Peter Waller, Freie Universität Berlin (Free University Berlin)

Editors: Gertrud Casel / Dr. Jürgen Hambrink

ISBN 3-932535-63-4 (Deutsche Kommission Justitia et Pax)

October, 2002 (2nd edition)

Joint Conference Church and Development (GKKE)

Protestant Office:
Charlottenstrasse 54/54,
D - 10117 Berlin
Phone: +49-30-20355-307, Fax:-250
E-Mail: J.Hambrink@GKKE.org
Internet: GKKE.org

Catholic Office:
Kaiser-Friedrich-Strasse 9,
D - 53113 Bonn
Phone: +49-228-103217, Fax: -318
E-Mail: Justitia_et_Pax_Deutschland@t-online.de
Internet: Justitia-et-Pax.de

Contents

Contents	3
Preface	5
Summary	7
Africa in the World Community	9
Preliminary Remarks	9
The Political Objectives of NePAD	10
Key Point 1: Definition of Development	12
<i>Integration into the World Market</i>	12
<i>Agriculture-based Development</i>	14
Key Point 2: The Role of Civil Society and Participation	16
<i>Institutional Implementation</i>	17
Key Point 3: Crisis and Conflict Prevention	19
Key Point 4: Taking on Responsibility/Responsible Government	21
Epilogue	23
Literature	24

Preface

The African *New Partnership for Africa's Development* initiative (NePAD) has taken up a central role in the discussion on the future development of Africa. Launched in 2001 by some African heads of state and heads of government, it became the subject of detailed consultations at the G8 summit held in Kananaskis, Canada, in June 2002. As a result, the G8 states adopted their own action plan for Africa showing their willingness to support the implementation of the initiative.

The resolutions adopted in Kananaskis had been extensively prepared. All states had appointed their own G8 representatives for African issues, who were asked to elaborate proposals in co-operation with a preparatory group on the part of the African countries. The Federal Chancellor Gerhard Schröder appointed Dr. Uschi Eid, the parliamentary state secretary at the Federal Ministry for Economic Co-operation and Development, as the German representative. In preparation of the G8 summit, the GKKE had the opportunity to present its own considerations concerning the G8 action plan for Africa to Mrs Eid. The GKKE is very grateful to her for the openness with which she engaged into the discussions.

The GKKE compiled the key points for a G8 action plan for Africa in a statement which was submitted to the German Chancellor on 17 June 2002 and is now once more presented to the public. After the summit, the GKKE found that various of its points were included in the action plan for Africa. This applies, for example, to the requested broader process of political participation, the central role of the so-called peer review and the strengthening of the rights of African farmers. However, many points of the action plan remain rather abstract and therefore need to be defined more precisely. It lacks, for example, convincing promises as to the reduction of arms trade, which is an essential element of violence prevention, and promises as to the abolishment of agricultural subsidies, which distort competition. These promises would entail consistent action on the part of the G8 states.

In this context, the GKKE appreciates the fact that the G8 representatives carry on their offices and have been charged with the task of promoting and observing the implementation of the initiative and the action plan. They have been asked to present a relevant report at the next G8 summit in 2003. This measure meets with the GKKE's conception that the process of support for Africa requires a

mutual mechanism which on the one hand monitors the fulfilment of obligations undertaken by the African countries and on the other hand reviews the initiatives taken by the G8 countries.

Berlin/Bonn, July 2002

Summary

The *Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung* - GKKE (Joint Conference Church and Development) welcomes the NePAD initiative as an important turning point in the development towards more democracy and justice in Africa. At the same time, the GKKE takes this opportunity to point to the urgent need for an open political process in the countries of Africa to provide the objectives and contents of the initiative with concrete substance. The GKKE supports the call for greater participation which has been voiced by the churches of Africa.

The GKKE appeals to the participants of the G8 summit in Canada to give particular consideration to the aspect of broad social participation in their action plan to support NePAD. The GKKE sees the following as further key points of the G8 resolutions:

- Africa requires a double strategy made up of integration into the world market and an agriculture-based growth. The aspired integration of Africa into the world market needs to be supported by reducing protectionism in the industrialised countries and by providing specifically-targeted assistance to strengthen Africa's exports and competitiveness.
- The promotion of agriculture-based growth needs to focus primarily on initiatives which aim to raise the efficiency of local capacities. Measures must ensure that the livelihood of local small-scale farmers is protected.
- The political systems absolutely need to be reformed in order to create a broader spread of civil society participation. Donors need to be willing to increase their support for measures carried out in the field of good governance.
- An efficient system is needed to prevent trading in goods from crisis areas so that crises and conflicts can be stopped or contained. Moreover, the industrialised countries need to commit themselves to a restrictive policy on arms exports, especially trade in small arms.
- The African nations' responsibility for their own development can be effectively supported by introducing a system of peer review. However, a complementary process also needs to be installed to monitor the actions taken by donor countries.

Africa in the World Community

Preliminary remarks

When this year's G8 world economic summit is held in the Canadian city of Kananaskis from 26 to 28 June, the heads of state and government of the participating countries will, for the first time in the 27-year history of these summits, spend a whole day in detailed discussion on Africa's situation. These deliberations, in which representatives of African countries and the United Nations as well as of other important donor countries which are members of the OECD will be involved, aim to provide qualified support for the initiative on Africa known as a "New Partnership for Africa's Development" (NePAD).

This initiative, launched in 2001 by the African heads of government and heads of state, managed to attract a great deal of attention within a very short space of time. The initiative is understood as a decisive attempt on the part of African politicians to open up new prospects for the future of the continent. And, indeed, all the key economic and social indicators do seem discouraging at the start of the 21st century. If the goals of the UN Millennium Declaration, namely of halving extreme poverty, securing primary education and basic health care, overcoming the HIV/AIDS pandemic, and reducing maternal, infant and child mortality in Africa, are to be achieved, then substantial new efforts are needed within the countries of Africa themselves and in the field of international cooperation. The GKKE sees the NePAD initiative as a highly-promising signal for a new start.

The political objectives of NePAD

"The New Partnership for Africa's Development is a pledge by African leaders, based on a common vision and a firm and shared conviction, that they have a pressing duty to eradicate poverty and to place their countries, both individually and collectively, on a path of sustainable growth and development and, at the same time, to participate actively in the world economy and body politic. The Programme is anchored on the determination of Africans to extricate themselves and the continent from the malaise of underdevelopment and exclusion in a globalising world."

The document adopted in October 2001 under the heading of a "New Partnership for Africa's Development" begins with this definition of political objectives. The element of the new, to which the title lays claim, is to be seen in a number of remarkable statements and commitments. And so the commitment to democracy and human rights, as fundamental prerequisites for development, is just as unequivocal as is that to taking on responsibility for providing good political governance for the current situation and for the future destiny of the continent. A new accent is also set by expressly supporting and approving free market economic structures as a vehicle for Africa's further development.

Yet, as encouraging and highly-promising as the process of introducing the debate on the development of Africa into the general political and economic concepts is, so little new substance does the document actually offer in naming concrete measures and identifying the relevant development strategies. Although democracy, rule of law, human rights and free market economics are universally-understood values and principles for action, they do not offer any blueprints for concrete decision-making situations.

But by sticking to principles, the paper does seem to reflect a certain dogmatism. The African churches clearly refer to this deficit in the statements they have issued on the NePAD initiative. And so the Southern African Catholic Bishops' Conference and the South African Council of Churches raised their concerns regarding the commitment to an economic policy which basically follows the pattern of globalisation. However, the correct assessment of the relations between economic growth and poverty reduction as outlined in the NePAD document remains without any consequences: "While growth rates are important, they are not by themselves sufficient to enable African countries to achieve the goal of poverty

reduction. The challenge for Africa, therefore, is to develop the capacity to sustain growth at levels required to achieve poverty reduction and sustainable development." (NePAD Para 64)

So critical voices in Africa above all aim to formulate a policy for which the NePAD document has outlined the basic elements. There is great scepticism as far as the question of exerting an influence on the ongoing process is concerned, especially since these reservations are being fed by the historical origins of NePAD. "Members of the civil society feel left out in the conception and drafting of such an important programme of economic recovery that will affect the lives of the generality of Africans. ... The fate of African countries can no longer be left in the hands of the leaders alone along with their friends in the international finance institutions," is how the Nigerian Justice and Peace Commission expresses these concerns.

This shifts the focus of attention to the programme's claim that its reorientation of the politics of Africa simultaneously serves as a new foundation for international cooperation. NePAD offers the donors of public development aid a political framework for making aid payments. To this extent, the paper closely links the intended action of national governments and the demand for international payments and services. However, in view of the vagueness of the development policy statements contained in the paper, the African partners of the German churches and their aid organisations are concerned that NePAD could merely provide new ground for the old recipes of undifferentiated structural adjustment policies.

The prime interest of the churches of Africa is directed towards not allowing such mistaken developments to take place while enabling the programme to take effect in such a way that it does fulfil the intentions placed in it. One of the essential prerequisites for this is seen in a policy of broad-based participation. The Southern African Catholic Bishops' Conference and the South African Council of Churches summarise their hopes and demands as follows: "While we fully encourage the need for Africa's leadership and peoples to build consensus and stand together for African reconstruction and development through visionary new initiatives like NePAD, we believe that the process and content of such an initiative must necessarily be informed by popular participation at all stages if it is to succeed."

The GKKE shares the views held by its African partners. It welcomes the initiative as an important new turning point on the way towards greater democracy as well as fair and just conditions in Africa, yet, at the same time, the GKKE points to the urgent need for an open political process in the countries of Africa in which the goals and content of the initiative can be turned into concrete action. The G8 summit in Canada, which intends to launch an action plan of support for Africa, should, in the opinion of the GKKE, primarily extend to supporting this African-owned implementation process. A number of the key points of content and procedure within this process will be outlined below as seen from the perspective of the GKKE.

Key point 1: Definition of development

Integration into the world market

The development strategy on which NePAD is based differs fundamentally from the strategy pursued in former African plans, such as the "Lagos Plan of Action". While earlier plans sought to achieve economic development essentially through state-controlled industrialisation and more development aid from international donors, the NePAD initiative is shaped by the spirit of a liberal economic view based on the principle of a free market economy system, expressly aims to integrate Africa into the world market and to attract foreign private investments and, in so doing, builds strongly on technological progress and increased development in the field of information and communication technologies (ICT).

However, the view of integration into the world market along with technological and ICT development as a cure-all for the problems of Africa and the aim to achieve a target growth rate of 7 per cent for all of Africa are unrealistic in the short term and hence deserve to be criticised. In fact, substantial economic growth through improved framework conditions and foreign investments will only be possible in a few countries in the foreseeable future, namely those with substantial development potential, such as South Africa or Nigeria, and even then will not lead to greater equality of distribution or a reduction of poverty, if fundamental structural reform does not take place to facilitate active participation by the broad population, ie, and above all, by the poor. Indeed, a purely market-driven ICT development will rather tend to deepen the "digital divide" in the countries of Africa and will lead to further splintering, both between African countries as well as within the populations of individual countries.

Although individual partner organisations in Africa do, in general, strictly reject world market integration and structural adjustment strategies, the GKKE can see no realistic alternative to a double strategy of world market integration for countries with development potential and an agriculture-based growth strategy for the majority of the poor countries of Africa.

Since the document does not take alternative development perspectives and economic concepts supported at grassroots level into account, it is at least necessary to press for growth which provides equality of distribution and participation for broad population groups. This demands a strategy which differentiates the prime goal of combating poverty by looking at the respective conditions concretely prevailing in the countries in question. The NePAD initiative adopts the International Development Goals (IDG), such as that which aims "to reduce by half the proportion of people living in extreme poverty by half by the year 2015" or "to enrol all children of school age in primary schools by 2015", while also noting the special significance of farming for economic development and combating poverty. Yet, the proposed measures largely call for what has long been known and so fail to analyse the political and social structures which have so far prevented the introduction of reforms which are generally acknowledged as correct and why participation attempts have so far remained so very underdeveloped.

An effective and credible reaction by the G8 countries to support this strategy needs to provide binding commitments to the following points:

- The NePAD call to secure and stabilise the Generalised System of Preferences deserves support as does the implementation of the trade policy regulations contained in the Cotonou Agreement and the Africa Growth and Opportunity Act (AGOA). The European Union's Everything but Arms Initiative (EBA) needs to be implemented by all G8 countries, while agreement needs to be reached on reducing the length of time for which access restrictions apply to rice, bananas and sugar.
- The process of abolishing agricultural export subsidies, as last proposed in the Doha document for the next world trade round, should be commenced immediately. This includes reducing agricultural surpluses in industrialised countries.
- The export capacity and competitiveness of African countries needs to be advanced by introducing specifically-targeted infrastructural support measures.

- Where the degree of foreign production rises, it will become all the more important that internationally-agreed workers' rights are observed. Cooperation with the ILO is absolutely necessary, whereby the G8 countries are called upon not to allow standards to be set which allegedly contain protectionist elements to the advantage of their own markets.

Agriculture-based development

The NePAD initiative acknowledges the outstanding significance which agriculture and rural development have for the accelerated development of the national economy as well as for combating poverty. The preservation of an intact environment is emphasised as a further prerequisite for improved productivity. NePAD names improvements in the productivity of agriculture, with particular attention to small-scale and women farmers, greater food security for all people and increased access of the poor to adequate food and nutrition as priority objectives.

In order to raise the inadequate efficiency of African agriculture and to achieve food security, the paper proposes abolishing a number of structural obstacles. Due to the climatic risks, the paper above all calls for irrigation agriculture to be expanded - if not through private investments, then also through public ones - as well as for the rural infrastructure (roads, rural electricity) to be expanded and for farming support systems (agricultural research, agricultural consultancy) to be improved.

Core areas for an environmental policy lie in combating desertification, in wetland conservation and coastal management, stemming global warming and controlling invasive, alien species. It is recognised that environmental protection can develop its own economy-promoting dynamics which can, in turn, contribute towards combating poverty.

NePAD hopes to achieve the agriculture-policy change in Africa with a package of measures which contains little of a spectacular nature. What it calls for is largely known and above all places its hopes on sustainable technological advances and the incorporation of small-scale farmers into the domestic and export markets. The significance of efficient farming support systems as well as secure access to land, credit, know-how and water for small-scale farmers in particular (men and women) is emphasised, just as is the role which improved regional and sub-regional agricultural trade plays as far as food security is concerned.

However, the NePAD analysis of African agriculture only takes inadequate note of the fact that the greatest proportion of African small-scale farmers live and work under conditions in which agricultural productivity very frequently remains fixed at a very low level. As a result of the prevailing ecological uncertainties, production tends to use a risk-minimising approach rather than a profit-maximising one. Moreover, the family labour system is shaped by seasonal underwork and overwork, which means that average labour productivity remains low. In addition, non-farming income is just as important for the family livelihood as is income from farming, which tends to contribute to the farming side being neglected.

The goal of raising the dynamics of this low production level agriculture will very likely not be possible without giving priority to agriculture and rural development, raising rural-urban interaction, increasing technological competence, also at middle and lower level, or without decentralisation and broad-based local development. The desired integration into the world market cannot be achieved without functioning domestic markets for goods, credit, advice, consultancy and knowledge; where this is not the case, the well-known pattern of world-market oriented enclaves set in the midst of an ocean of poor farmers is the result

Any reaction on the part of the G8 countries in this respect must cover the following points:

- The G8 countries need to concentrate on especially encouraging those initiatives which purposefully aim to raise the efficiency of local capacities. Local and regional organisations have already been working for many years in the field of providing consultancy, marketing and research. Cooperation with them needs to be intensified. This applies, in particular, to supporting their efforts to contribute to a higher degree of food security and to a better provision of the market.
- Protection of the livelihood of local, small-scale farmers in the sense of "farmers' rights" needs to be guaranteed. This includes protecting intellectual property rights as well as indigenous genetic resources and securing far-reaching independence from industrial seed and materials. To do this, the G8 countries must review their patent laws as well as the conditions of the TRIPS agreement.

- The norms and standards applied in industrialised countries, which have been constantly evolved in the course of a growing health consciousness on the part of consumers, constitute a major obstacle to market access for agricultural produce. Action is greatly needed here in the form of technical consultancy and advice which must to be given priority treatment within the scope of development cooperation measures.
- The sustainable usage of mineral and climate-based resources calls for effective environmental legislation. A cross-border view of geographical and climatic conditions is called for here. The G8 countries need to offer the NePAD countries access to their expertise in this field.

Key point 2: The role of civil society and participation

NePAD describes development as a "process of empowerment and self-reliance" and criticises the fact that the African governments have so far failed to empower their own populations to allow them to make full use of the creative potential which they have. This critical conclusion is correct, but a strategy is also needed which will enable the poor to strengthen their self-determination and unfold that potential. Although the NePAD paper states that "democracy and state legitimacy have been redefined to include accountable government, a culture of human rights and popular participation as central elements," there is still no strategy with which to implement this. In fact, the question as to who the players actually are tends to be treated at the level of the state institutions. Although the concept of civil society is indeed mentioned, it is not explicitly defined. The question as to what role important players in society, such as social movements, non-governmental organisations, trade unions, churches and the poor themselves need to play in a comprehensive development process is not addressed. It is not enough just to continually refer to the fact that democracy is now present and that the solution to the problem is thus a lot closer.

In fact, NePAD essentially involves a top-down approach, with a great deal of emphasis placed on "new leadership", while it fails to mention concrete approaches on how the new leaders are to be forced by their populations to undertake development-oriented action. The passionate "Appeal to the Peoples of Africa" to develop organisational and mobilising structures at all levels with which to implement NePAD is much too general, with concrete implementation structures mentioned for government level only.

The inadequate way in which civil society is involved both in drawing up the initiative as well as in implementing it represents the most serious weakness of the NePAD approach. The partner organisations in Africa also criticise this, as has already been shown. The conditions for sustainable development in Africa not only include the fact that NePAD must be "African owned and African led". Over and above this, it needs to be made clear that this means more than involving just the African governments and a few strong economic players. NePAD must be borne by African civil society, otherwise it will remain nothing more than the idea of a few African leaders and will be doomed to failure. NePAD claims for itself that it meets the will of the African peoples who have had enough of poor management and poor governance. Yet, a comprehensive new start not only means securing massive investments and financial support from donor countries, but also lasting support and participation by civil society. Yet, civil society players will only support NePAD, if they feel that not only the governments and the rich will profit from the initiative, but that NePAD will have also truly started a development process in which civil society can itself play an active part in setting the course and can itself draw some benefit.

Institutional implementation

In a number of countries, broad social participation in the NePAD process could be based on newly-created procedures. For example, there has been a demand for consultation procedures between government and civil society to be introduced as part of the debt relief process for highly indebted, poorer developing countries when Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP) are drawn up. In some countries, these have become a vehicle for the participation of previously excluded civil society groups. In the future, PRSPs also need to be used in such countries which do not belong to the group of highly indebted poor countries, but which nevertheless ask for concessionary loans.

In the opinion of the GKKE, measures need to be undertaken to ensure that the minimum standards applying to civil society participation within the context of PRSP procedures are indeed observed. These standards need to be dynamically defined, meaning that higher standards need to apply whenever PRSPs are reviewed or revised. This certainly suggests institutionalisation of the participation processes, whereby that would additionally provide the opportunity to bring various forms of participation together within various decision-making processes.

It should be clear that a broader spread and institutionalisation of participation will and must have an impact on the formal political systems. Particular attention attaches here to the inadequate role which the parliaments often play. The participation of civil society must not result in the influence of parliaments being further weakened. Rather, a specific form of participation also needs to be tied into the parliaments in order to raise their status and so benefit the development of more stable, democratic forms of constitution. The fact that broader participation necessarily calls for the freedom of opinion and association to be respected cannot be denied either.

Participation is above all of practical relevance in the politics of combating poverty. In fact, 80-90% of the African population has to be classified as poor. NePAD aims to overcome or at least substantially reduce poverty in Africa. To do this, NePAD must not only work primarily for the concerns of the poor, both in terms of the government policy of African countries as well as in the field of partnership-based support from donor countries. Rather, it must work to strengthen the opportunities open to the poor for taking part in political and economic decision-making processes. Support for the participatory opportunities of the poor and for securing the self-help potential of the poor are absolutely indispensable principles of any people-oriented policy. In fact, one of the basic elements of Christian social teaching states that participation is a structural element of each and every policy.

The resolutions adopted by the G8 in this respect need to contribute to expanding the democratic potential of the NePAD initiative. The following points would seem to be absolutely essential in this respect:

- The donor countries should not support measures within the context of the NePAD initiative until they are sure that the policy favoured by NePAD is indeed being discussed by the general public and is thus open for amendments in the sense of a "bottom-up development". Freedom of opinion and association must be guaranteed in all countries.
- The G8 countries need to declare their clear will and work towards uniting all the various development processes. The formulation of poverty-combating strategies within the scope of debt relief and participation in NePAD need to be brought together. The donors must no way make this process any more difficult by imposing further conditions.

- Broader participation by civil society in the political decision-making processes also presupposes the introduction of reforms within the political systems of many countries. The G8 countries should commit themselves to providing greater support for measures carried out in the field of good governance and, in so doing, should also strive to strengthen and encourage a process of exchange between the parliaments.

Key point 3: Crisis and conflict prevention

The past year saw fourteen social conflicts waged by violent means in Africa, with a substantial impact on neighbouring countries and also on the development chances of Africa as a whole. NePAD therefore rightly underlines the particular priority of efforts to settle wars and violent conflicts in Africa. However, NePAD remains more or less silent as far as the concrete measures which this involves are concerned and also provides no analysis of the violent nature of conflicts.

A decisive factor in waging violent social conflicts lies in the erosion of state authority. Countries do not simply collapse, rather they are destroyed. The often decades-long, negative experience which the population makes with the state needs to be overcome. The reconstruction of trust and confidence in state structures and functions will only be able to work when it is built on the basis of generally-accepted values and standards which govern the relations between citizens themselves and between citizens and the state. Nations and their institutions will only be able to work long term if they are built on the basic consensus of the "political community" and if they protect minorities.

In many cases, war itself, and not the aspired victory, brings substantial economic advantages for the commanders-in-chief, which can only be achieved in a lawless environment. There are a few commanders-in-chief actively involved in the war and conflict economies of Africa, meaning trafficking in humans and drugs, tyranny over natural resources and raw materials, all of them activities through which they are able to earn billions at the expense of the population's social and economic development. In order to reduce the use of violence in social conflicts, it is necessary to introduce effective controls on the trade in goods which come from war zones and are used to finance wars.

The wars in Africa are above all fought with so-called small arms bought and sold in and between the various crisis areas or in dealings between industrialised countries and crisis areas. The illicit trade in small arms urgently needs to be stopped in order to bring these violent conflicts to an end.

Development aid and disaster relief, on which the survival of hundreds of thousands or even millions of people often depends, may be used by warring parties and included in their calculations, and so, at the very least, result in these violent conflicts being prolonged and continued. The provision of emergency and disaster relief to countries experiencing violent conflicts therefore needs to be reviewed to determine the extent to which it has a violence-reducing or violence-intensifying impact.

An important approach for external intervention in violent conflicts is provided by the institutions and groups in the population who are not actually actively involved in the conflict in question. Again, the NePAD initiative so far fails to consider the important role which civil society has to play in this respect. Support for civil society groups is an essential component of any responsible peace policy.

As far as support for the peace processes is concerned, mention must be made, in particular, of the role played by the African churches, which has so far not been given adequate consideration in NePAD. Given all the reservations which there certainly are, the churches in many of the African countries are actually not only the best-functioning social services institutions, but are also the driving force behind democratisation and the peace and reconciliation processes. Examples from Sudan, Uganda and around Africa's great lakes and on the Horn of Africa indicate a growing willingness on the part of the African churches to make stronger use of their socio-political responsibility for peace and reconciliation. Seen against this background support for civil society groups may prove an absolutely essential and promising component of NePAD.

The G8 countries need to define their contribution to support the NePAD initiative as far as crisis and conflict prevention is concerned as follows:

- Trade in goods from crisis areas must be effectively controlled and stopped. Oil, diamonds or coltan demonstrate that it is access to international markets which first turns control over products into a profitable business. It is abso-

lutely essential for the multinational corporations based in the industrialised countries to strictly observe the principles set out in the Global Compact.

- The G8 countries should be prepared to take convincing measures to stop the illicit trade in small arms. They should both limit their exports as well as support the African countries in building up effective mechanisms to control trade in small arms.
- All diplomatic options need to be exploited to bring to an end the numerous violent conflicts raging in Africa. Where the G8 countries are active in the peace initiatives, they should not only include the parties directly involved in the conflict, but also involve representatives of civil society in these negotiations.

Key point 4: Taking on responsibility/Responsible government

Although NePAD has meanwhile also been approved by the Organisation of African Unity (OAU), namely at its general assembly in Lusaka, the initiative does actually differ from other OAU plans through its selectivity. "Countries participating in the initiative" will be periodically monitored and assessed by the NePAD "Heads of State Forum" to review "the progress made by African countries in meeting their commitment towards achieving good governance and social reforms". The Economic Commission for Africa (ECA), an institution to which NePAD has designated a role in the realisation process, has already been commissioned with drawing up criteria for assessing the implementation of the NePAD principles. It may be assumed that this peer review process, ie, the implementation of political conditionality in respect of democracy and good governance by the African leaders themselves, will be a central point for any positive commitment on the part of the community of donors.

The GKKE also absolutely supports the principle of the African governments themselves taking on responsibility for ensuring democracy and good governance, albeit that recent developments, such as the glaring disregard for democratic principles shown during the presidential elections in Zimbabwe and acceptance of these by leading NePAD countries, namely South Africa and Nigeria, have, unfortunately, raised substantial doubts as to the whether or not the NePAD principles can be applied at all. The observance and execution of the peer review process needs to be a central point for the donor countries' decision on whether or not to participate in the NePAD initiative.

The GKKE would particularly welcome any development in which the peer review mechanism was so designed that the principle of non-intervention in the internal affairs of a country, which is also embedded in the Act of the newly established African Union, was relativised. In fact, it should not only be designed as an international process, but should also provide social groups with an opportunity to play an active part themselves.

A resolution by the G8 countries on the peer review process should consequently not only take the African side into consideration, but should additionally extend to the complementary establishment of a mechanism with which the actions of the donors can be monitored.

Epilogue

The ecumenical partners of the GKKE in Africa are concerned that any development cooperation built up on the basis of NePAD could lead to concentration on few successful countries and could neglect the area of emergency relief. Such practice could, they fear, result in deeper and far-reaching division of the African continent. Conversely, they underline the need for cooperation to be based on the principle of partnership and to take account of the differing situations found in the various individual countries.

The GKKE shares these views. It assumes that the G8 summit acknowledges the urgency of increased aid for Africa and will also meet the financial consequences of such an assessment. In so doing, priority should be given to fulfilling earlier promises which have not yet been met, such as on the Global Health Fund to combat HIV/AIDS, malaria and tuberculosis. The G8 participants from the countries of the European Union should additionally direct their attention to the quicker release of the funds available within the context of the Cotonou Agreement. A large number of African countries would benefit from this.

Greater financial opportunities for action could also be given to the African countries by continuing the HIPC initiative (Highly Indebted Poor Countries). Following the decisive course set by the G8 countries for relieving the debt of highly-indebted poor countries at the Cologne Summit in 1999, agreement on reviewing and reducing the acceptable level of debt service which these countries can be expected to meet would certainly represent a logical step.

Literature

Justice, Development and Peace Commission: Comments on the NePAD-Document, Ijebu Ode, Nigeria, unpublished March 2002

Southern African Catholic Bishops' Conferene (SACBC), Justice and Peace Department and South African Council of Churches (SACC): Un-blurring the Vision. An Assessment of the New Partnership for Africa's Development by South African Churches, RSA, June 2002

The New Partnership for Africa's Development (NePAD), interlink print, October 2001